

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A) 7 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3608, Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. - Nr 389

SONNTAG, 14. AUGUST 1932

MORGEN-AUSGABE

Hitler abgewiesen

Kurzer Empfang beim Reichspräsidenten — Hitler will unumschränkte Alleinherrschaft — Hindenburg lehnt Uebertragung der gesamten Staatsgewalt ab — Ernste Mahnung zu ritterlicher Opposition

Amlich wurde gestern abend mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichszanzlers von Papen den Führer der N.S.D.A.P. Adolf Hitler zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung. Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der N.S.D.A.P. in die von dem Reichszanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler versuchte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er betonte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann mit einer ernsten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angelegentlich Opposition der N.S.D.A.P. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten fand vormittags eine Aussprache des Reichszanzlers mit Herrn Hitler statt. In dieser Aussprache hatte sich der Reichszanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und sachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen.

Nach der Klärung

Papen-Schleichers Aussichten

Welche politischen Folgerungen können und werden sich aus der Abweisung Hitlers durch Hindenburg ergeben? Der Reichspräsident ist noch gestern abend nach Neudorf zurückgefahren. Bei der Verabschiedung vom Reichszanzler hat er zum Ausdruck gebracht, daß „nimmermehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei“. Der Reichspräsident bestand damit, daß für ihn die Verhandlungen über die Regierungsumbildung abgeschlossen sind, wenn auch im negativen Sinne. Das Kabinett von Papen hat weiter zu regieren und sich dem Reichstag vorzustellen, der am 30. August zusammentreten muß.

Wie sehen es die Nationalsozialisten an? Sie wollen „Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes“ treffen und sie in der nächsten Woche bekannt geben. Daß dieser Kampf in allerhöchsten Formen geführt werden soll, haben sie bereits vor einigen Tagen angekündigt. Diese Drohung scheint dem Reichswehraminister und dem Reichszanzler gegenüber wiederholt worden zu sein. Der Reichswehraminister und der Reichszanzler haben, wie berichtet wird, Hitler darauf aufmerksam gemacht, daß ein Kampf, der auf anderem Terrain geführt werden würde als dem des Parlamentes, der Presse und der Versammlungen, der schärfsten Abwehr der Staatsmacht begegnen würde. Der Reichspräsident hat es für nötig gehalten, die Aussprache mit einer ernsten Mahnung an Hitler abzuschließen, die angelegentlich Opposition „ritterlich zu führen“. Hitler hat dem Reichspräsidenten eine le gale Opposition in Aussicht gestellt, und versichert, daß er nicht einen „Marich nach Berlin“ plane. Die Werbung ist glaubwürdig. Unzweifelhaft würde die Machtmittel des Staates, Polizei und im äußersten Notfall die Reichswehr, jede illegale Aktion der N.S.D.A.P. und S.S.-Formationen unterdrücken können.

Das legale Mittel des Kampfes wäre ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen, das parlamentarisch auf so schwachen Füßen steht, daß es Neuzugewinn des Reichstages gegen sich hat. Die Annahme eines Mißtrauensvotums ist gewiss, dem nach der Verfassung der Rücktritt des Kabinetts Papen folgen muß.

Was kommt nachher? Das ist die große Frage, mit der die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts Papen enden. Klarheit über die politische Lage ist so weit geschaffen, daß eine Diktatur der Nationalsozialistischen Partei zurückgewiesen ist. Aber die nächste politische Zukunft Deutschlands steht nach wie vor ungeläutert im Dunsteln. Sie aufzuhellen, muß jetzt das Bemühen aller sein, die das Volk nicht in ungewisse Abenteuer stolpern lassen wollen.

Der Nationalsozialisten ist der Weg zur Diktatur versperrt worden, aber noch ist darum nicht die heilige Botschaft in eine Gasgasse gefahren. Es gibt eine noch breite Straße der Verfassungsmäßigkeit, zu der man immer wieder, wenn auch vielleicht auf einem Umwege, hinfinden muß.

Siehe auch zweite Seite

Hindenburg wieder in Neudorf

Der Reichspräsident hat gestern abend mit dem soperplanmäßigen Dispenszug Berlin verlassen und sich für einige Zeit wieder nach Neudorf begeben.

Der Reichspräsident brachte vor seiner Abreise nach Neudorf gegenüber dem Reichszanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nimmermehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, mit der größten Besorgnis um die Verheerung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gebietet werden müßten. Der Reichspräsident erklärte dem Reichszanzler, daß er seiner tatsächlichen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewiß sein könne.

Das Wort hat der Reichstag

Von JULIUS ELBAU

Die Berufung Papens hat die Entwidlung beschleunigt, die sie bremsen sollte. Die allseitige Ehehepar-Bühne konnte sich auf die Phantasie der Theaterbetreiber verlassen, denen ein Plakat mit der Aufschrift „Wald“ die schönste Dekoration erlebte. Aber im modernen Staatsleben genügt es nicht, in Proklamationen den Grundhaß überparteilicher Staatsautorität und unerfüllter Föhrigkeit zu verkünden. Vor Taten gelten und Taten.

Der unglückliche Streit um Mandatpositionen, der in diesen Tagen vor aller Öffentlichkeit ausgefochten wird, beweist an sich schon, daß das Kabinett der nationalen Konzentration tatsächlich nur eine Ueberregierungsregierung ist. Die Nationalsozialisten sind mit Gefährten überhäuft worden, die ihre Ansprüche nur gesteigert haben. Wen wundert es, daß jetzt etwas rauch und wenig herzlich die Aufstufung ausgesprochen wird, den appetitlichen Hors d'Oeuvres die nachfolgenden Gerichte folgen zu lassen, dem kleinen Finger die ganze Macht!

Das deutsche Volk ist nicht zum Vergnügen zur Irene gegangen. Es hätte lieber in Ruhe die Ernte geerntet und die Schuldenien gestrichelt, und ist es auch nur draußen in einer friedlichen Gasse, wenn es zu der früher gemiedenen Differenz nicht reicht. Dazu der Sturm, die selbstschaffliche Aufspaltung aller Hoffnungen, das letzte Ausgebot der Betzweigen, wenn es sich wieder einmal nur darum handelte, Ziffern zu addieren! Das Parlament mag noch so distanziert sein, vor allem durch die antiparlamentarischen Gruppen, denen das Vitenwahlrecht die Möglichkeit gibt, Führerplätze an die Stelle der wirklichen Ansehn von Volksvertretern zu setzen: es bleibt doch die plötzliche Darstellung der Volkskräfte, ohne deren Erläuterung und Berücksichtigung keine Staatsführung möglich ist. Was das deutsche Volk in den letzten Monaten erlebt hat, beweist zur Genüge die Wahrheit des Wortes, daß die schiedliche Kammer immer noch besser ist als das beste Vorzimmer.

Der neue Reichstag gefüllt uns gewiß nicht. Und doch gilt es, sich mit ihm abzufinden, solange keine Aussicht besteht, eine bessere Zulammenziehung zu erzielen. Das es so gekommen ist, daran tragen in erster Linie die Gruppen schuld, die die Zerrüttung der Mitte als ihr Ziel betrachteten. Das deutsche Volk sollte sich „geuden wähen“, vor einer der Reichstags-Sugenden. Jetzt paßt ihm das Ergebnis nicht, und prompt feht er zu der Parole zurück: alle Macht dem Reichspräsidenten, der mit seiner Autorität den Mangel an parlamentarischen Bedingungsflächen der Deutschnationalen ersetzen soll.

Die zwanzig Millionen, die Hindenburg wiedergewählt haben, um das heute noch erreichbare Stöhmack an Stabilität bei den Gründern und Wählern der Zeit entgegenzusetzen, brauchen ihre Entschöpfung nicht zu bereuen, wenn auch die Entwidlung der letzten Monate manchen überascht und enttäuscht hat. Das persönliche Ansehen und die Machtstellung Hindenburgs ist und bleibt die stärkste Garantie des inneren und äußeren Friedens, die unerfüllbarsten Grundlage für das Vertrauen, das trotz allem brauchen in der Welt zur deutschen Entwidlung besteht. Und auch die Leute, die einen nationalsozialistischen Stimmzettel abgaben, nicht ohne Stempel und Zweifel, aber doch in der Hoffnung, hinter dem großen Verpöndungen könnte doch irgend etwas stecken, konnten das in dem beruhigenden Gefühl, daß der alte Walter im Hintergrund steht und im Notfall dem Zauberspruch beisteht: „Gibete mit dem Bannspruch: Weien, Weien, sei!“ gemessen.

Der Reichspräsident hat sich von Brüning getrennt, weil man in ihm die Hoffnung ermedete, er brauche dann nicht mehr sein Geschehen mit der allzu häufigen Anwendung des Artikels 48 zu belassen. Es ist anders und schlimmer gekommen. Unter Brüning gab es eine Reichstagsmehrheit, die durch Gewählerten die Brücke in der Realität bandagierte. Was inzwischen geschehen ist, hat unheilbaren Schaden angerichtet, vor allem durch die Reichssetzung in Preußen.

Mit diesen vollzogenen Tatsachen muß man rechnen. Keine der Möglichkeiten, die sich heute ergeben, ist frei von Gefahren und schweren Bedenken. Die verantwortliche Staatsführung muß sich so entscheiden, daß wenigstens der Weg zur friedlichen Erneuerung nicht verodert wird. Daß Hindenburg